

Zitat des Tages

Ich will mein Bier trinken, und du hältst die Schnauze

Zwischenruf aus einer Gruppe von Essenern, die laut einem Youtube-Video am Sonntagabend die Siegesrede der neuen AfD-Chefin Frauke Petry in einem Biergarten verhinderten

Gauck unterschreibt Tarifeinheitsgesetz

Berlin. Bundespräsident Joachim Gauck hat das Tarifeinheitsgesetz unterzeichnet. Das teilte eine Sprecherin des Präsidialamts am Montag in Berlin mit. Mit der Ausfertigung durch den Präsidenten und der Verkündung im Bundesgesetzblatt tritt es in Kraft. Damit gilt bundesweit das Prinzip »ein Betrieb, ein Tarifvertrag«. Die Handlungsfähigkeit von Spartengewerkschaften soll damit eingedämmt werden. Wenn zwei Gewerkschaften in einem Betrieb dieselben Beschäftigtengruppen vertreten, gilt nur noch der Tarifvertrag der Gewerkschaft, die mehr Mitglieder in dem Betrieb nachweisen kann. Unter anderem der Beamtenbund dbb und die Ärztegewerkschaft Marburger Bund haben Verfassungsklagen gegen das Gesetz angekündigt, weil es das Streikrecht faktisch aushöhle. (dpa/jw)

Linke unterstützt Kita-Nachtbetreuung

Berlin. Die Opposition im Bundestag unterstützt das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD), Abend- und Nachtbetreuung in Kindertagesstätten staatlich zu fördern. »Die Initiative ist gut, denn sie böte Menschen, die im Schichtdienst arbeiten, die Möglichkeit, ihr Kind an einem vertrauten Ort gut betreut zu wissen«, sagte die Linksparteichefin Katja Kipping der *Berliner Zeitung* (Montagsausgabe). Es sei aber wichtig, die Ursache des Bedarfs im Blick zu behalten. »Arbeit und Arbeitszeit müssen so gestaltet sein, dass Leben und Arbeiten in Einklang gebracht werden können«, forderte Kipping. Die Arbeit müsse folglich umverteilt und die Wochenarbeitszeit verkürzt werden. (AFP/jw)

OB von Pegidas Gnaden

Stichwahl um den Posten des Dresdner Stadtoberhauptes: Dirk Hilbert (FDP) holte am Sonntag die absolute Mehrheit. Von Michael Merz

Auf dem Stuhl des Dresdner Oberbürgermeisters sitzen seit 24 Jahren ausschließlich CDU- und FDP-Politiker. Die Kandidatin eines Bündnisses von SPD, Linken, Grünen und Piraten – die sächsische Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange – war angetreten, das zu ändern. Doch es hat nicht gereicht. In der Stichwahl um das Amt des OB entschieden sich die Wähler am Sonntag für den omnipräsenten Dirk Hilbert (FDP). Er wird die konservativ-liberale Vorherrschaft in der 530.000-Einwohner-Stadt für die nächsten sieben Jahre fortsetzen. Insgesamt waren mehr als 430.000 Wahlberechtigte zur Stimmabgabe aufgerufen, nur 42,7 Prozent von ihnen beteiligten sich. Hilbert trat für den Verein »Unabhängige Bürger von Dresden« an und holte 54, Stange nur 44 Prozent.

Schon kurze Zeit nach Schließung der Wahllokale stand der Sieger fest. Unter großem Getöse trat Hilbert am Sonntagabend vor seine Anhänger: »We are the champions« dröhnte aus den Boxen, die Stimmung im Hotel Schloss Eckberg war überschwellig, Hilbert hielt triumphierend einen Blumenstrauß in die Höhe. Vorherzusehen war das Ergebnis der Stichwahl nach dem ersten Wahlgang im Juni nicht. Da lag Hilbert (32 Prozent) noch hinter Stange, die mit 36 Prozent als Siegerin hervorging. Doch der aufgrund einer Krebserkrankung der bisherigen Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) amtierende Stellvertreter Hilbert verstand es trefflich, weitere Truppen hinter sich zu versammeln. Markus Ulbig, CDU-Kandidat und sächsischer Innenminister, sprach nach seinem Rückzug eine Wahlempfehlung für den »unabhängigen« FDP-Mann aus. Auch die für die rassistische Pegida-Bewegung angetretene Tatjana Festerling, immerhin hatten 21.000 Dresdner im Juni das Kreuzchen hinter ihrem Namen gemacht, trat nicht mehr an und rief die völkisch-nationalistischen »Spaziergänger« dazu auf, für Hilbert zu stimmen. Offener Hass schlug Eva-Maria Stange vor den beiden Urnengängen aus diesem Lager entgegen. Während eines Pegida-Aufmarschs fuhr zum Beispiel ein Pritschenwagen vor der Menschenmenge, auf dem die Ministerin als Hexe diffamiert wurde. »Es war ein Anti-Wahlkampf seitens Pegida und AfD«, räumte Stange am Montag gegenüber *junge Welt*. Das habe sich im Stadtbild vielfach, etwa durch Zerstörungen von Wahlplakaten, gezeigt.



Arbeitsbonus, Omnipräsenz und Stimmenübernahme von CDU bis Pegida: Dirk Hilberts Erfolgsgaranten auf dem Weg ins Rathaus

Dirk Hilbert konnte sich auch als Kandidat mit Arbeitsbonus in Szene setzen. Bereits 2011 hatte er Orosz für fast ein Jahr vertreten. Seit März füllte er die Rolle des OBs im Wartestand weiter genüsslich aus: Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages im Juni und das Treffen der G7-Finanzminister in Dresden rund zwei Wochen zuvor dienten ihm als Bühne. »Ich weiß, wie es geht«, so das Signal. Dagegen konnte das Bündnis hinter Eva-Maria Stange letztlich nichts ausrichten. »Die Wähler haben sich für das FDP-Konzept entschieden, obwohl wir weit gekommen sind und unsere Themen gesetzt haben«, so die Kandidatin.

Ein Oberbürgermeister von Pegidas Gnaden, diesen Eindruck versucht Dirk Hilbert nicht entstehen zu lassen und gibt vor, das angekratzte Image der Stadt aufpolieren zu wollen. »Ich möchte Dresden zu einer Vorzeigestadt der Integration und Beschäftigung von Flüchtlingen und Zuwanderern machen«, sagte er laut *DVN* nach seinem Wahlsieg. »Allerdings habe ich noch nichts von ihm gehört, wie er Ausländerfeinden begegnen will – man kann ein schlechtes Image nicht einfach wegdiskutieren«, entgegnete Stange am Montag. Mit dem Vorhaben sollte Hilbert in seiner Partei beginnen. Eine eindeutige Einbeziehung der städtischen FDP-Abgeordneten von den Auswüchsen der Pegidabewegung tut Not, sind doch immer wieder entsprechende Sympathiebekundungen für die »besorgten Bürger« aus der »liberalen« Fraktion zu vernehmen.

Ein Oberbürgermeister von Pegidas Gnaden, diesen Eindruck versucht Dirk Hilbert nicht entstehen zu lassen und

»System lebt von Angst«

Zweieinhalb Jahre auf Null: Hartz-IV-Aktivist Ralph Boes hungert erneut öffentlich

Vor zwei Monaten fasste Richter Jens Petermann am Sozialgericht Gotha einen Beschluss: Hartz-IV-Bezieher für das Nichtbefolgen von Auflagen die existenzsichernden Leistungen zu kürzen oder streichen, sei verfassungswidrig. Er leitete sein Urteil nach Karlsruhe weiter. Die ursprüngliche Beschlussvorlage, die der Kläger eingereicht hatte, gäbe es ohne Ralph Boes wohl nicht. Denn auf sein Bestreben hin

hatten der Bundesrichter a.D., Wolfgang Nešković, und die Juristin Isabel Erdem das Papier erstellt. Damit habe Boes sein Ziel erreicht, die Sanktionspraxis höchststrichterlich prüfen zu lassen, sagte er 58-jährige am Montag im Gespräch mit *jW*. Vier Jahre nach seinem »Brandbrief« an die Regierung, Ministerien und die Bundesagentur für Arbeit hat der Berliner Erwerbslose am 1. Juli seine vierte öffentliche Hungeraktion gestartet. »Ich bin seit 2012 dauersanktioniert, seit zweieinhalb Jahren auf Null gesetzt und existiere nur von Darlehen, die mir Unterstützer gewähren«, erklärte er. Dies könne nicht unbegrenzt so weiterlaufen.

Boes legt Wert darauf, dass seine Aktion nicht als »Hungerstreik«, sondern als »Sanktionshungern« angesehen wird. »Ich zeige schlicht die Konsequenzen auf, die jedem drohen, dem das Amt Leistungen entzieht.« Sprich: Wer kein Geld hat, kann sich nichts zu essen kaufen. Vier Jahre lang habe er das Jobcenter Berlin-Mitte »provokiert«, also »Vermittlungsangebote« in Jobs oder Maßnahmen mit Verweis auf die Grundrechte auf Menschenwürde und freie Berufswahl abgelehnt. Sein Plan: Das Amt sollte ihn mit Strafen überziehen, die nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) rechtmäßig sind. »Nur so kann man grundsätzlich

gegen die Praxis vorgehen«, so Boes. Außerdem habe er »die Folgen von Hartz IV« in die Öffentlichkeit bringen wollen.

Sein Ansinnen ging auf: Zehn Sanktionen in Folge verhängte das Jobcenter gegen ihn. Acht mal davon stellte sie die komplette Leistung ein. Die Bescheide hat er auf seiner Internetseite veröffentlicht. Seine Miete und Krankenversicherung werde durch seine Unterstützerinitiative getragen. Ebenso seine Reisen zu Vorträgen. Das Lebensnotwendige könne er nur durch freiwillige fremde Hilfe beschaffen. Boes spricht von Darlehen: »Sollte mir das Amt irgendwann Geld nachzahlen müssen, werde ich es den, die es wünschen, zurückgeben«, sichert er zu. Was übrigbleibt, werde die Initiative, die ansonsten für ein bedingungsloses Grundeinkommen streitet, für Projekte einsetzen. Über seine vergangenen Hungeraktionen hatte die überregionale Presse berichtet. Dass er dabei unter anderem als »Hartz-IV-Schnösel« (*Bild*) und »Deutschlands frechster Hartz-IV-Schnorrer« (*n-tv*) verunglimpft wurde, trägt er mit Fassung. »Andererseits habe ich sehr viel Solidarität erfahren«, meinte er.

Jetzt will Boes »beweisen, dass Hartz IV rechtswidrig ist«. Dafür habe er genügend Material gesammelt. Die

ständige Angst, die Lebensgrundlage entzogen zu bekommen, treibe Menschen in die totale Abhängigkeit, sagte er. Jobcenter könnten Erwerbslose und Aufstocker mit der Androhung von Sanktionen zu jeder Tätigkeit zwingen, »und sei sie auch noch so unsinnig«. »Das System zieht seine Kraft aus der Todesangst der Menschen«, bekräftigte er. Da müsse es jemanden geben, der sich dadurch nicht erpressen lässt. Das will der 58-jährige auch weiterhin nicht. Für ihn geht es am 21. Juli vor dem Sozialgericht Berlin weiter. Dort werde seine Klage gegen seine erste Sanktion vom Oktober 2012, eine Kürzung um 30 Prozent, verhandelt. »Das ist der erste ausgesprochene Gerichtstermin in meiner Sache«, erklärte er. Widersprüche und Klagen gegen Hartz-IV-Kürzungen haben, anders als bei anderen Behördenstreits, keine aufschiebende Wirkung. Sanktionen werden, wie bei Ralph Boes, dennoch durchgesetzt. Derzeit habe ihm das Amt sogar 200 Prozent Abzug auferlegt, sagte er. Das bedeutet: Nicht nur für drei, sondern sechs Monate bekommt er keinen Cent. Das Verhalten des Berliner Amtes beschreibt er als »totale Blockade«. »Man geht nicht auf meine Argumente ein und wirft mir politisches Handeln vor.«

Susan Bonath

www.grundrechte-brandbrief.de

ANZEIGE

Ossietyzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Hans Krieger
Dekarbonisierung und Kapital
Eckart Spoo
Westliche Wertegemeinschaft
Volker Brütigam
Falsche Stoßrichtung
Anja Röhl
Rostocker Profil

Mit weiteren Texten von
Christel Berger, Urte Sperling, Susanna Böhme-Kuby, Jane Zahn, Joachim Guilliard, Werner Ruf, Ralph Hartmann, Jürgen Krause, Lutz Volke, Jürgen Krause, Stephan Krull, Kay Schweigmann-Greve, Thomas Kuczynski, u.a.

Bestellung
Jahresabo / Geschenkaboo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-)
Halbjahresabo / Geschenkaboo
12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-

Ossietyzky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3 · 29413 Dähre
ossietyzky@interdruck.net
Tel. 039031 - 950 596
Fax 039031 - 950 796
www.ossietyzky.net

Achtzehnter Jahrgang **14** € 2,80
4. Juli 2015